

Obama und McCain nutzen die Krise zur Profilierung

US-Wahlkampf im Schatten der Kaukasus-Krise

Von Peter Wütherich

■ Obama ruft zu Besonnenheit auf.
■ McCain fordert Härte gegen Moskau.

Washington. (afp) Für den georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili ist John McCain voll des Lobes, auch wenn ihm der Name des US-Verbündeten nicht recht von der Zunge gehen will. Gleich drei Mal verstolperte sich der US-Präsidentenskandidat am Montag bei einem Presseauftritt und machte Saakaschwili zu „Schaskawili“. Den Demokraten Barack Obama ereilte die Krise im Hawaii-

Urlaub. Beide versuchen, aus dem Konflikt Kapital zu schlagen und sich als Krisenmanager zu profilieren – Obama mit Aufrufen zu Besonnenheit, McCain mit Härte gegen Moskau.

Vor allem McCain sieht den Konflikt um Südossetien als Chance. Über dem Kandidatenduell McCain gegen Obama steht schließlich inoffiziell das Motto „Erfahrung gegen Neubeginn“. Der 72-jährige McCain will mit Erfahrung punkten, der 47 Jahre alte Obama bietet sich als Garant des politischen Neubeginns an. In Krisenzeiten freilich setzen Wähler eher auf Erfahrung, hofft das Lager von McCain.

Die Wahlkämpfer schlachten potenzielle Blößen des Gegners ohne Gnade aus. Obama etwa hatte in einer ersten Reaktion am Freitag lediglich die Eskalation der Gewalt in Georgien verurteilt, ohne einen Aggressor beim Namen zu nennen und explizit die russische Führung zu kritisieren – für McCains Team ein gefundenes Fressen, um Obama als unerfahren und naiv zu kritisieren.

Obama in die Nähe Moskaus gerückt

„Die Reaktion von Obamas Kampagne auf diese Krise richtet sich gegen unsere demokratischen Verbündeten und steht auf bizarre Weise in Einklang mit Moskau“, sagte McCains Sprecher Tucker Bounds.

Einen Tag später ließ Obama eine Erklärung veröffentlichen, in der er Russland für seine „aggressiven Aktionen“ und die „Invasion in Georgien“ kritisierte, zugleich aber eine diplomatische Lösung mit Moskau fordert.

McCain sieht sich durch Moskaus Machtdemonstration in seiner harten Haltung gegenüber Moskau bestätigt, die jene seines Parteifreunds George W. Bush weit übertrifft. Der Senator fordert seit langem, Russland wegen Demokratiedefiziten aus der G-8, dem Plenum der großen Industriestaaten, auszuschließen. Für Bushs fast schon legendäre Äußerung, er habe in Putins Augen geblickt und dort einen Freund gesehen, hat McCain nur Spott übrig: „Wenn man in Putins Augen blickt, sieht man den KGB.“

McCains Strategie muss nicht aufgehen

Ob McCains Strategie beim Wähler verfängt und die Zweifel an der Krisentauglichkeit des Aufsteigers Obama wachsen, ist offen. Er wäre nicht der Erste, der mit dieser Linie gegen Obama scheitert. Dessen innerparteiliche Rivalin Hillary Clinton hatte den Vorwahlkampf gegen Obama ganz auf ihre langjährige Erfahrung und ihre Kompetenz in außenpolitischen Krisensituationen zugeschnitten – und trotzdem verloren.

In Umfragen schreibt eine große Mehrheit der US-Wähler dem Republikaner McCain mehr Kompetenz in der Außenpolitik zu. Allerdings sagen auch die meisten Wähler, dass sie innenpolitische Themen wie die Konjunktur und Energiepreise wichtiger finden. Hier liegt Obama vorne. ■



Simbabwes Präsident Robert Mugabe (links) ist skeptisch über das Zustandekommen einer Einheitsregierung mit Oppositionsführer Morgan Tsvangirai. Foto: epa

Simbabwe: Gespräche über Beilegung der Krise stocken

■ Opposition will nur einen zeremoniellen Präsidenten.
■ Mugabe wehrt sich gegen Entmachtung.

Harare. Der simbabwesische Präsident Robert Mugabe hat sich bezüglich der Aussicht auf eine baldige Einigung auf eine Machtteilung in seinem Land skeptisch geäußert. Nach den Gesprächen mit dem südafrikanischen Präsidenten Tabo Mbeki als Vermittler und Oppositionsführer Morgan Tsvangirai wurde Mugabe am Montagabend von Reportern gefragt, ob die Gespräche gut liefen: „Nicht wirklich“, sagte der seit 28 Jahren zunehmend autokratisch regierende Mugabe.

Am gestrigen Dienstag gab es erneut Gespräche, am Abend stürmte Tsvangirai sichtlich verstimmt aus dem Konferenzhotel. Er gab gegenüber den wartenden Reportern keine Erklärung ab, meinte aber, dass die Verhandlungen „nicht tot“ seien.

Die Gespräche über eine Machtteilung hätten eigentlich bereits am Sonntag zu Ende gehen sollen. Die erneute Verlängerung deutet darauf hin, dass die Gespräche blockiert waren. Am strittigsten ist dabei die künftige Rolle Mugabes. Die Opposition will ihn Berichten zufolge bestenfalls als zeremoniellen Präsidenten akzeptieren, Mugabe will sich jedoch offenbar nicht entmachten lassen. Noch am Montagvormittag sagte Mugabe auf einer Kundgebung vor mehr als 10.000 Anhängern in der Hauptstadt Harare, die Chancen für eine Aufteilung der Macht seien gestiegen.

Südafrikas Präsident Tabo Mbeki vermittelt

Mbekis Besuch in Harare wurde bereits im Voraus als Meilenstein gewertet. Der südafrikanische Präsident führte am Sonntag zunächst separate Gespräche mit Mugabe und Tsvangirai. Mugabes umstrittene Wiederwahl Ende Juni hat in Simbabwe Unruhen ausgelöst, bei denen Dutzende Men-

schen getötet und Tausende aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Mugabes Partei ZANU-PF und Tsvangirais Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) einigten sich dann Ende Juli auf Rahmenbedingungen für Gespräche zur Teilung der Macht. Seitdem verhandeln sie unter der Vermittlung Südafrikas über die detaillierte Umsetzung dieses Vorhabens.

Im Gespräch ist eine Lösung, bei der Tsvangirai Regierungschef werden würde und der 84-jährige Mugabe zwar Präsident bliebe, aber das Amt im wesentlichen auf repräsentative Aufgaben beschränkt wäre.

Tsvangirai hatte den ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl im März für sich entschieden, aber die absolute Mehrheit verfehlt. Von der Stichwahl zog er sich wegen zunehmender Gewalt gegen seine Anhänger zurück. Der seit 1980 amtierende Mugabe trat daraufhin als einziger Kandidat an und ließ sich dann auch gleich wieder als Präsident vereidigen. ■

Roadtrip to the White House



Ein Wahlkampf quer durch Amerika

Von Matthias G. Bernold

Hauptstadt der Mörder

Die Dose Pepsi aus dem Automaten ist heiß. Der Kaffee im Frühstücksraum ist kalt. Und die Rezeptionistin ist schockiert. „In die Innenstadt wollt Ihr? Wisst Ihr nicht, dass Youngstown die Hauptstadt der Mörder ist?“

Die Frau hat Recht. Nur ist sie mindestens 30 Jahre zu spät dran. Morde standen auf der Tagesordnung, bevor die Stahlwerke zusperrten. Als die Stadt noch der Mafia gehörte, schlachteten sich Mitglieder rivalisierender Clans auf der Straße ab. Die Amerikaner kennen den Ausdruck „Youngstown Tune-up“ für die Anbringung einer Autobombe. Heute ringt die zwischen Cleveland und Pittsburgh in Ohio gelegene Stadt immer noch mit Kriminalität, aber dringlicher ist etwas anderes: Arbeitslosigkeit und Abwanderung. Laut US Census Bureau gehört Youngstown zu den zehn am schnellsten sterbenden Städten der USA.

Zur Zeit der Hochblüte in den 1930er-Jahren gab es 170.000 Einwohner. Ende der 1980er-Jahre waren es nur noch 100.000. Heute sind es knapp 70.000.

Zwar kamen dank eines Wirtschaftsprogramms des Bürgermeister's neue Unternehmen. Aber in der Vorstadt haben Kreditkrise und Delogierungen das Problem der Abwanderung verschärft. Verlassene, verfallende, abgerissene Häuser; Grünflächen, wo früher ganze Siedlungen standen.

„Wir passen auf, dass Kinder nicht in diese Häuser gehen und Gangs dort keine Drogen verkaufen“, sagt Willie Williams. Die pensionierte Krankenschwester organisiert eine Neighbourhoodwatch-Gruppe. Wenn sie nicht vor vakanten Villen den Rasen mäht oder gießt, sitzt sie auf ihrer weiß getünchten Holzveranda zwischen Windspiel und Geranien und beobachtet. Als Kredithaie durch die Viertel zogen, um den Bewohnern Sanierungskredite aufzuschwatzen, deren Zinsen bald explodierten, organisierte Williams Informationsabende. Wie viele Afroamerikaner hofft sie auf Barack Obama. „Es ist an der Zeit, dass ein Schwarzer die Chance bekommt. Ich glaube an die Bibel und die sagt: die Letzten werden die Ersten sein. Und die Schwarzen waren bisher immer die Letzten.“

Alle Beiträge dieser Rubrik unter:
www.wienerzeitung.at/roadtrip
www.derbernold.com

mgbarnold@gmail.com

Obamas Vize wird per SMS bekanntgegeben

■ **Washington.** Die Anhänger von Barack Obama sollen per SMS als erste erfahren, wen der US-Präsidentenskandidat zu seinem Vize erkoren hat. Sobald der demokratische Senator von Illinois seine Entscheidung getroffen habe, würden seine Anhänger informiert, versicherte Obamas Wahlkampfmanager David Plouffe in einer E-Mail-Botschaft.

Barack Obama und sein Stab setzen in ihrem Wahlkampf stark auf die modernen Informationstechnologien. ■

Weißrussland: Drei Jahre Haft für US-Anwalt

■ **Minsk.** Ein Gericht in Weißrussland hat einen US-Anwalt wegen Industriespionage und Dokumentenfälschung zu einer Haftstrafe von drei Jahren verurteilt. Der Anwalt von Emanuel Zeltser bezeichnete die Entscheidung als Todesurteil für seinen schwer kranken Mandanten. Die Zeit im Gefängnis könne Zeltser umbringen, sagte Dmitri Gorbasschko, der gegen das Urteil berufen will.

Der in der Sowjetunion geborene Zeltser gilt als Spezialist für Fälle von Korruption und Geldwäsche. ■

Mauretanien Ex-Premier wieder frei

■ **Nouakchott.** Der gestürzte mauretanische Ministerpräsident Yahya Ould Ahmed Waqef will den Putsch gegen die gewählte Regierung unter Staatspräsidenten Sidi Cheikh Ould Abdallahi nicht akzeptieren. Nach seiner Freilassung aus dem Hausarrest erklärte er nur Stunden später vor tausenden Anhängern, die Menschen in Mauretanien würden dies nicht hinnehmen. Sie hätten das Recht, für die Wiedereinsetzung der Verfassung zu kämpfen, sagte Waqef. ■